



März 2014

Günter Rudolphs Newsletter

Aktuelles aus dem Hessischen Landtag

22.03.14

Schwarz-Grün fordert von Kommunen Erhöhung der Beiträge

Die Kommunen gehen finanziell auf dem Zahnfleisch. Doch der neue Innenminister hat nichts Besseres zu tun als die Kommunen per Erlass dazu aufzufordern, ihre Bürgerinnen und Bürger mit neuen Beiträgen zu belasten.

Laut hat sich die CDU im Landtagswahlkampf gegen jede zusätzliche finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger gewehrt. Doch nun will Innenminister Beuth die Kommunen per Erlass dazu zwingen, ihre Beiträge zu erhöhen. Das bedeutet nichts anderes als, dass die schwarz-grüne Landesregierung entgegen aller Beteuerungen nun doch für neue Belastungen sorgt. Und diese Belastungen treffen nach dem Willen des Innenministers alle. Wir Sozialdemokraten wissen, dass zur Reduzierung der Schulden auch die Erhöhung der Einnahmen gehört. Wir fordern jedoch einen intensiveren Kampf gegen Steuerhinterziehung und eine stärkere Besteuerung von Vermögen, nicht aber eine stärkere Belastung des Mittelstandes. Aber was die schwarz-grüne Landesregierung mit diesem Erlass macht, ist nichts anderes als genau das.

Was der Innenminister damit bezwecken will, ist offensichtlich: Er will, dass sich eventueller Unmut über die Beitragserhöhungen auf die Kommunen und nicht die Landesregierung niederlässt. Das ist beschämend, denn die Kommunen übernehmen viele wichtige Aufgaben. Sie betreiben Krankenhäuser, Schwimmbäder, Kitas, Bibliotheken und soziale Einrichtungen. Sie tragen in erheblichem Maße dazu bei, dass Hessen ein lebenswertes Land ist. Doch der schwarz-grünen Landesregierung scheint das egal zu sein. In kaum einem anderen Bundesland lässt eine Landesregierung seine Kommunen so im Stich wie in Hessen. Deswegen schließen immer mehr Kitas, Schwimmbäder und Bibliotheken. Das ist weder gut für bildungspolitische Ziele, noch für das kulturelle Leben. Das kann so nicht weiter gehen.

Wir fordern, dass die Landesregierung den Kommunen endlich die 350 Millionen Euro jährlich zurückgibt, die sie ihnen seit mehreren Jahren gestrichen hat. Wir fordern, dass sich das Land stärker am Ausbau der Kitas beteiligt, den die Kommunen fast alleine stemmen. Die Landesregierung muss ihren Beitrag dazu leisten, dass die Kommunen weiterhin ihren wichtigen Aufgaben nachkommen können. Der Erlass des Innenministers ist da das eindeutig falsche Signal!

Für ein neues Steuerabkommen mit der Schweiz

Thorsten Schäfer-Gümbel und der nord-rhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans haben in einem Papier gefordert, ein neues Steuerabkommen mit der Schweiz auszuhandeln. Um Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen, ist ein neues Abkommen notwendig. Nur so lässt sich Gerechtigkeit herstellen.

Wer Steuern hinterzieht, begeht kein Kavaliersdelikt. Steuersünder weigern sich ihren Beitrag dazu zu leisten, dass wir eine der besten Infrastrukturen der Welt haben, dass wir gute Schulen und Universitäten haben und dass die Gesellschaft unseres Landes vergleichsweise gut funktioniert. Die Entwicklung der letzten Monate zeigt, dass sich die Steuermoral erhöht, wenn der Druck auf Steuerhinterzieher erhöht wird. Diese Entwicklung ist zwar positiv, aber auf Dauer ist es nicht praktikabel Daten-CDs mit Informationen über Steuerhinterzieher anzukaufen.

Steuerhinterziehung kann dauerhaft nur dadurch bekämpft werden, dass zwischen Finanzbehörden und Banken ein automatischer Informationsaustausch hergestellt wird. Ein neues Steuerabkommen mit der Schweiz ist erforderlich, um genau diesen automatischen Informationsaustausch zwischen deutschen Finanzbehörden und Schweizer Banken verpflichtend einzuführen. Das gescheiterte Abkommen der schwarz-gelben Bundesregierung mit der Schweiz hätte die Steuerhinterzieher gegenüber den ehrlichen Steuerzahlenden besser gestellt und war alles andere als gerecht. Der Vorschlag von Thorsten Schäfer-Gümbel und Norbert Walter-Borjans soll genau das verhindern und gleichzeitig der Steuerhinterziehung den Garaus machen. Dann wird der Ankauf von Daten-CDs auch überflüssig.

Die schwarz-grüne Landesregierung sollte darüber nachdenken, ob sie sich nicht auch für ein neues, effektives Abkommen mit der Schweiz einsetzt. Dann könnte sie die Kommunen finanziell besser ausstatten, statt sie dazu verpflichtet zu wollen, höhere Beiträge von den Bürgerinnen und Bürgern zu verlangen.

